

GT 2.10.2008

# Entschlossen und kampfbereit

Funktionärskonferenz der IG Metall-Verwaltungsstellen Aalen und Gmünd

Seit gut einem Jahr existiert die Kooperationsverwaltungsstelle der IG Metall Aalen und Gmünd. Bei der ersten gemeinsamen Delegiertenversammlung trafen sich gestern rund 200 Gewerkschaftsfunktionäre in der Heubacher Stadthalle. Zu besprechen gab's genug: Die Tarifrunde steht vor der Tür und den Teilnehmern wurde vom geschäftsführenden IG Metall-Vorstandsmitglied Hans-Jürgen Urban die Marschrichtung der Frankfurter Gewerkschaftszentrale bezüglich einer solidarischen und verlässlichen Alterssicherung nahe gebracht.

SASCHA KURZ

**Heubach.** „Wir haben in Gmünd nach den Turbulenzen innerhalb der ZF Lenksysteme – des größten Betriebs unter dem Dach der Verwaltungsstelle – wieder Vertrauen zurückgewonnen und sind stabilisiert“, sagte Roland Hamm, Erster Bevollmächtigter der Verwaltungskooperation. Innerhalb der Kooperation beider Verwaltungsstellen des Ostalbkreises – in Baden-Württemberg ein einzigartiges Konstrukt – gebe es gemeinsame Kompetenzteams, die Dinge wie Jugend- und Öffentlichkeitsarbeit weiterentwickeln. „Wir stecken noch in einem Lernprozess. Die gemeinsame Geschäftsführung erfordert zwar mehr Aufwand, die Zahl der Ehrenamtlichen und somit die Bindung zur Basis blieb aber erhalten“, sagte Hamm.

Hans-Jürgen Urban, seit einem Jahr im IG Metall-Vorstand für Sozialpolitik und Arbeitsgestaltung zuständig, stellte die Eckpunkte des neuen Gewerkschaftsprogramms vor. „Das Solidarsystem muss durchs Etablieren einer Erwerbstätigenversicherung auf eine breitere Basis gestellt werden“, sagte er. Sprich: Beamte und Selbstständige sollen miteinbezogen werden. Urban: „Das würde die Sozialkassen die nächsten drei Jahrzehnte enorm entlasten.“



Roland Hamm, Hans-Jürgen Urban und Frank Iwer (v. li.) kämpfen für einen neuen Generationenvertrag und eine achtprozentige Lohnerhöhung. (Foto: sk)

Zudem soll das System der Betriebsrenten ausgebaut werden. Die IG Metall schlägt ein obligatorisches Angebot dieser Alterszusatzversorgung mit einer Arbeitgeber-Mindestbeteiligung von 50 Prozent vor. „Im Osten und in kleinen Betrieben ist die Betriebsrente ein Fremdwort. Viele Frauen kommen zudem nicht in deren Genuss“, sagte Urban. Und: Bei der Altersteilzeit habe es auf tariflicher Basis im Land einen Durchbruch gegeben. „Es muss unterschiedliche Formen des Übergangs in den Ruhestand ab 65 Jahren geben. Die Rente mit 67 mit einer starren, einheitlichen Grenze muss fallen“, sagte er.

Urban präsentierte – auch im Hinblick auf die Bundestagswahl 2009 – ein Finanzierungsmodell für die IG Metall-Vorschläge. Demnach solle der Beitrag zur Rentenversicherung 2030 24 % betragen – je hälftig getragen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Urban: „Das Leistungsniveau der Rentenversicherung ist derzeit zu niedrig. Aber sie darf nicht kaputtgeredet werden, das ist verantwortungslos.“

Frank Iwer, in der Stuttgarter IG Metall-Bezirksleitung für die Tarifpolitik zuständig, verteidigte die Gewerkschaftsforderung nach 8 % mehr Lohn. Die Lohnstückkosten seien 2007 im Land um 2,2 % gesunken, in anderen Ländern seien sie gestiegen. Die Gewinne seien

im vierten Jahr in Folge viel stärker gestiegen als die Personalkosten – trotz Neueinstellungen. „Deshalb sind die Handlungsmöglichkeiten der Betriebe größer. 8 % mehr bringt die Betriebe nicht um“, setzte Iwer eine Duftmarke. Anbetracht eines zurückgehenden Konsums, einer steigenden Sparquote und einer durchschnittlichen Netto-Rendite der Metallbranche von „sensationellen 5,2 %“ wollten die Metaller nicht lange verhandeln. Vor Weihnachten sind vier Verhandlungsrunden angesetzt (7./22./30. Oktober und eine im November).

Die hohe Dynamik bei der IG Metall verdeutlicht auch Roland Hamm: „Die Verhandlungstage sind für unsere Mitglieder Aktionstage. Am 5. und 6. November wird es Warnstreiks in Aalen und Gmünd geben. Die Planungen für einen Arbeitskampf sind angelaufen. Wir sind entschlossen.“ Und eines wurde ebenfalls klar: Mit einer hohen Einmalzahlung lassen sich die Metaller nicht abpeisen. Iwer: „Die strukturelle Lohnanpassung muss stimmen.“

■ Direkt zur Redaktion  
s.kurz@sdz-medien.de; Tel. (07361) 594-164. Kommentieren und bewerten: [www.schwaepo.de](http://www.schwaepo.de); [www.tagespost.de](http://www.tagespost.de)